



Kerstin Tack

Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD Fraktion

Kerstin Tack, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

IG Metall Verwaltungsstelle Hannover
Herrn
Dirk Schulze
Postkamp 12
30159 Hannover

per mail

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon 030 227 – 73194

Fax 030 227 – 76194

E-Mail: kerstin.tack@bundestag.de

BürgerInnenbüro

Im Kreuzkamp 1

30655 Hannover

Telefon 0511 699805

Fax 0511 693089

E-Mail: kerstin.tack@wk.bundestag.de

Berlin, 04.09.2013

Lieber Dirk,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für euer Schreiben vom 6.8.2013 und die Übersendung der Ergebnisse eurer Befragung. Die Informationsbroschüre habe ich mit Interesse gelesen und stelle fest, dass sich viele der genannten Aussagen auch mit meinen Vorstellungen decken.

Auch für mich sind gute und faire Arbeit, Bildung, Altersversorgung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zentrale Anliegen und in unserem Wahlprogramm mit Vorschlägen ausgeführt.

Gerne beantworte ich euch die gestellten Fragen:

1) Leiharbeit und Werkverträge

In zähen Verhandlungen mit der Bundesregierung konnte die SPD 2011 immerhin einen Mindestlohn für die Leiharbeitsbranche erreichen. Dies war ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um die Situation der Leiharbeiternehmer/innen zu verbessern.

Allerdings reicht ein Mindestlohn alleine nicht aus, um die Missstände zu beheben.

Wir wollen daher nach wie vor

- ➔ Equal Pay + Equal Treatment ab dem ersten Tag
- ➔ Reale Mitbestimmung der Betriebsräte über den Einsatz von Leiharbeit
- ➔ Konzernleihe einschränken
- ➔ Wiedereinführung des Synchronisationsverbots
- ➔ Begrenzung des Leiharbeitereinsatzes auf maximal ein Jahr
- ➔ Beachtung der Leiharbeiter bei Schwellenwerten bezüglich Mitbestimmung



Kerstin Tack

Mitglied des Deutschen Bundestages

Auch der Missbrauch von Werkverträgen muss bekämpft werden. Um Lohn- und Sozialdumping durch Schein-Werkverträge zurückzudrängen, müssen gesetzliche Kriterien eingeführt werden, die eine Vermutung auf Vorliegen eines Leiharbeitsverhältnisses begründen. Dann gelten auch die Regeln der Leiharbeit. Damit die Kontrolle wirksam ist, muss das Personal der Finanzkontrolle Schwarzarbeit verstärkt werden.

Ich begrüße daher auch den Vorschlag von unserem niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil sehr, eine Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen gegen Schein-Werkverträge zu starten.

Damit soll das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in den Unternehmen gestärkt und die Arbeitnehmerüberlassung strenger geregelt werden. Betriebsräte müssen künftig kontrollieren können, wenn Stammbeschäftigte durch Werkvertragsarbeiter ersetzt werden sollen. Auch soll der Betriebsrat die Interessen der Werkvertragsarbeiter vertreten dürfen.

Die Kontrollen zur Einhaltung der Regelungen müssen, wie bei der Leiharbeit, ebenfalls verschärft werden.

2) Mindestlohn

Menschen die vollschichtig arbeiten, müssen von ihrem Einkommen ohne staatliche Zuschüsse leben können.

Die SPD fordert seit Jahren die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohnes in Höhe von mindestens 8,50 Euro brutto je Zeitstunde. Diese 8,50 € sind als Einstieg in den Mindestlohn zu werten.

Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer soll unabhängig von seiner Branchenzugehörigkeit und seinem Alter einen Rechtsanspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn haben. Von der Einführung eines solchen Mindestlohnes würden gerade auch Frauen profitieren.

Bestehende Branchenmindestlöhne, die auf tarifvertraglicher Ebene ausgehandelt wurden, dürfen diesen Mindestlohn nicht unterschreiten.

Auch das Arbeitnehmerentsendegesetz wollen wir auf alle Branchen erstrecken. Damit wird die Tarifautonomie gestärkt, und höhere tarifliche Branchenmindestlöhne können allgemeinverbindlich werden.

Die Einführung des Mindestlohns gehört zu den ersten Maßnahmen nach dem Regierungswechsel.



Kerstin Tack

Mitglied des Deutschen Bundestages

3.) Renten

Es ist vollkommen klar, dass viele Menschen schon heute nicht bis zum gesetzlichen Renteneintritt arbeiten können. Die Beschäftigten in besonders belasteten Berufen brauchen daher flexiblere Möglichkeiten für den Übergang in die Rente. Wir wollen daher die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren und auch die Erwerbsminderungsrente ohne Abschläge einführen. Und auch flexiblere Teilrentenmodelle ab 60 Jahren oder vergleichbare tarifliche Lösungen sind von uns vorgesehen.

Ich plädiere daher dafür, die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre auszusetzen, solange nicht mindestens die Hälfte der erwerbsfähigen Menschen über 60 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

Mit der Solidarrente werden diejenigen, die 30 Beitragsjahre bzw. 40 Versicherungsjahre in die Rentenkasse eingezahlt haben und trotzdem nicht mehr als Grundsicherung bekämen, mindestens 850 Euro Rente erhalten. Die Lebensleistungsrente der Union wird hingegen nur 10 bis 15 Euro über der Grundsicherung von durchschnittlich 688 € liegen und außerdem nur ausbezahlt, wenn eine private Altersvorsorge vorhanden ist. Das ist demnach ein Unterschied von ca. 150 € pro Monat mehr.

Die SPD hätte darüber hinaus auch einem Gesetzesentwurf der Union zugestimmt, der Mütter besser gestellt hätte, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wenn die Union erstens ein solches Gesetz eingebracht und zweitens eine solide Gegenfinanzierung mitgeliefert hätte. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde in der aktuellen Legislaturperiode jedoch nicht vorgelegt.

4) Bildung

Gute Bildung braucht gute Kitas, Schulen, Berufsschulen wie Hochschulen. Die soziale Ungerechtigkeit im Bildungswesen ist ein Skandal und darf nicht länger hingenommen werden. Wenn ein Akademikerkind dreimal so häufig ein Studium aufnimmt, wie ein Kind aus einer weniger bildungsaffinen Familie, dann ist und bleibt das ein desaströses Zeugnis für die deutsche Bildungspolitik. Der Bildungserfolg darf weder vom Geldbeutel noch vom Bildungshintergrund der Eltern abhängen.

Wir wollen deshalb in ganz Deutschland für ein bedarfsgerechtes und gutes Angebot an Ganztagskitas und Ganztagschulen sorgen.

- der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz oder Platz in der Kindertagespflege zu einem Anspruch auf einen Ganztagsplatz ist weiterzuentwickeln.
- die Qualität von Kitas, Kindertagespflege und Ganztagschulen ist zu verbessern.



Kerstin Tack

Mitglied des Deutschen Bundestages

- die Elternbeiträge für alle Kitas wollen wir schrittweise abzuschaffen. Das entlastet Familien im Durchschnitt um bis zu 160 Euro im Monat.

Dieses flächendeckende Angebot an Ganztagsbetreuung und -bildung können wir nur erreichen, wenn sich auch der Bund finanziell beteiligt. Deshalb wollen wir das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufheben.

Das bildungs- und integrationsfeindliche Betreuungsgeld wollen wir abschaffen und die bis zu 2 Mrd. Euro, die dafür mittelfristig anfallen würden, komplett in den Kitausbau investieren.

Darüber hinaus müssen wir rund 20 Milliarden Euro schrittweise zusätzlich in Bildung, z.B. in den Ausbau der Ganztagschulen, investieren. Damit dies gelingt, wird die SPD an anderer Stelle einsparen, überflüssige Subventionen abbauen und die Vermögensteuer wieder einführen.

Flankierend wollen wir das Elterngeld so reformieren, dass Partnerschaftlichkeit gestärkt wird. Mütter und Väter können heute nur sieben Monate lang gleichzeitig Teilzeit arbeiten und Elterngeld beziehen. Das werden wir ändern: Auch diese Eltern sollen künftig 14 Monate lang Elterngeld beziehen können.

Und mit unserem Konzept einer Familienarbeitszeit können Eltern künftig ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich reduzieren (z.B. 30-Stunden-Woche), ohne dass ihre berufliche Entwicklung darunter leidet.

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Tack